

T H E M E N

Auch „fast nix“ ist zu viel - Handyfonieren nun gratis	2
Wir über uns	3
Eine neue Plattform für Ihre Ideen	4
Damit Blinde die Arbeitswelt kennen lernen können	5
Mit Tempo 30 gegen Feinstaubplage	5
Einzigartige Sicherheitstechnik	6
Ost-West-Korridor	6
Ein Einsparungspotential bis zu vier Milliarden Euro	7
Straßenreport	8
Weiter mit Volldampf voraus	8
Kinder und Handy - am besten nur wichtige Gespräche	9
Von der Krisenintervention bis zur Gentechnik	10
Wer hat Angst vor dem Doktorlatein?	10
Erfolg mit ergonomischem Arbeiten	11
Gesundheit	12
Führer durch das Gesundheitswesen	12
Die Steiermark in Funden	13
Neun mal neun macht neun	13
Steirer&Blitze	14
Steiermark Report spezial: E-Government-Masterplan	18
Offenlegung und Impressum	24



Keine Panikmache rund um die Mobiltelefonie, aber Bewusstseinsbildung vor möglichen Gefahren will Landeshygieniker Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck gemeinsam mit seinem Kollegen Mag. Dr. Robert Schlacher erzeugen.

9



Das Nichtverstehen von Befunden allein reicht oft schon, um durch diese Desinformation großes Unbehagen verbunden mit Ängsten bei Kranken hervorzurufen. Patientenombudsfrau Mag. Renate Skledar hat sich nun als Übersetzerin für „Doktorlatein“ engagiert.

10

Neue Verträge machen es möglich, Telefonkosten beim Land sinken um rund ein Viertel

Auch „fast nix“ ist zu viel - Handyfonieren nun gratis



VON DIETER RUPNIK

Geschicktes Verhandeln erspart so manches Sparpaket und bringt unter dem Strich sogar noch mehr. In diesem Fall knapp ein Viertel an Telefonkosten. „Vorausgesetzt“, so Mag. Christine Klug, Leiterin der Fachabteilung 1A - Präsidualangelegenheiten und Zentrale Dienste, „das Telefonieverhalten bleibt einigermaßen gleich.“ Das Telefonieren von Handy zu Handy kostet nunmehr nicht nur „fast nix“, sondern überhaupt nichts. Null Cent. Möglich gemacht hat dies ein neuer Vertragsabschluss.

Fachabteilungsleiterin Mag. Christine Klug und Telefonexperte Ing. Friedrich Poschauko.

Der neue Telefonvertrag des Landes basiert auf einer umfassenden Ausschreibung, die von der Beschaffungs-GesmbH des Bundes durchgeführt wurde und aus der mehrere Bietergemeinschaften als Bestbieter hervorgegangen sind.

Ing. Friedrich Poschauko, Telefonexperte der Fachabteilung 1A: „Wir haben uns für die Bietergemeinschaft von UTA und T-Mobile Austria entschieden. Nach eingehender Prüfung des Angebots sind wir zum Schluss gekommen sind, dass es günstiger kaum noch gehen kann.“

Seit erstem Dezember 2003 gelten die für 30 Monate verbindlichen Vertragsbedingungen und schon jetzt lassen sich die ersten eindrucksvollen Einsparungen in Zahlen messen. Fachabteilungsleiterin Mag. Christine Klug zum Steiermark Report: „Gegenüber den Telefonkosten von rund 66.000 Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahres sind es nunmehr rund

50.000. 15.000 Euro in nur einem Monat erspart.“

Zentraler Kernpunkt dieses Einsparungserfolges ist die erfreuliche Tatsache, dass nunmehr Telefonieren von Handy zu Handy keinen einzigen Cent mehr kostet. Auch der Anruf über das Handy bei der T-Mobile Profibox ist kostenlos.

Gleichzeitig stehen diese Handys, die über ein virtuelles privates Netzwerk miteinander kommunizieren, auch für eine private Nutzung zur Verfügung. Ing. Friedrich Poschauko: „Sämtliche Teilnehmer des virtuellen privaten Netzwerkes (VPN) verfügen grundsätzlich über zwei Rufnummern - eine Dienstnummer und eine Privatnummer. Die Privatnummer muss von jedem Handynutzer mittels Rechnungstrennungsformular angemeldet werden und wird über die Vorwahl „9“ aktiviert.

Nachdem bekanntlich Vertrauen gut, aber Kontrolle besser ist, gibt es auch hier einige regulierende Maßnahmen. „Die Akzeptanz in der Verwendung des Neuners

ist durchaus zufriedenstellend,“ weiß Mag. Christine Klug aus ihrer Erfahrung zu berichten, „aber bei einigen hapert's dann doch wieder. Wenn es augenfällige und schwer erklärbare Kostenüberschreitungen gibt, kann es zu Auswertungen im Sinne des Telefonerlasses des Landesamtsdirektors kommen, die bis zur Offenlegung der Zielnummern gehen können.“

Dies ist zwar in den letzten Jahren ganz selten vorgekommen, zieht dann jedoch für den Dienstnehmer in den meisten Fällen Konsequenzen nach sich.

Derzeit sind im Bereich Graz rund 1.000 Mobiltelefone im Einsatz, mit den Bezirkshauptmannschaften und den Baubezirksleitungen kommt man in der gesamten Steiermark auf ungefähr 1.700, wobei die Tendenz steigend ist.

„Im Interesse eines optimalen Verwaltungsservice“, so die dafür zuständige Fachabteilungsleiterin Mag. Christine Klug, „sind wir bei der Vergabe von Mobiltelefonen grundsätzlich großzügig - wenn eine dienstliche Notwendigkeit hierfür nachvollziehbar argumentiert wird.“

Noch ein kleines Zuckerl gibt es für Handy tragende Landesbedienstete: Abgesehen vom Entfall der Grundgebühr telefoniert man jetzt auf der privaten Leitung um nur fünf Cent in ein österreichisches Netz eigener Wahl. Anmeldungen dafür werden bis zum 15. Februar 2004 mittels zugesandtem Formular oder über die Hotline 0676/20 333 entgegengenommen.

Wer es aber ganz genau wissen will, sich auch über die Möglichkeiten mit Partnernetzen informieren möchte, surft ein wenig unter dem Punkt „Telefon“ durch das Intranet. Dort liest man alles, was zu diesem Thema von besonderem Interesse ist.

Büroschlaf? Wissenschaftler sagt: „Wichtig!“

Wer sagt's denn? Dass zum Beispiel Beamte im Büro schlafen würden. Wenn ja, dann würden sie damit im wahrsten Sinne des Wortes vollkommen richtig liegen (Tun es natürlich nicht). Denn nunmehr erhebt ein bekannter Wissenschaftler die Forderung nach einem verpflichtenden Büroschlaferl. Aber erst einmal der Reihe nach:

Der weit über die Grenzen der Steiermark hinaus bekannte und anerkannte Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Univ.-Prof. Dr. Manfred Walzl, seit gut sieben Jahren auch als viel zitierter Schlafforscher tätig, hat Schlafstörungen und ihr Berufsgruppen-spezifisches Auftreten untersucht.

In einem Gespräch mit dem Landespressedienst interpretierte er die ersten Zwischenergebnisse einer breit angelegten Studie mit Probanden aus sämtlichen Berufsgruppen, die endgültigen Studienergebnisse werden wir unserer Leserschaft in einer der nächsten Ausgaben des Steiermark Report vorstellen.

So viel aber zu den Zwischenresultaten, die für die Beamtenschaft alarmierend sind, denn: Sie schlafen dicht gefolgt von den Lehrern am schlechtesten. Das hängt aber, beiläufig zu betonen, beileibe nicht mit dem den Beamten immer wieder zumindest scherzhaft vorgehaltenen Büroschlaf, den man vom Schlafkonto abziehen müsse, zusammen, sondern mit dem für viele scheinbar unbewältigbar gewordenen Arbeitsalltag.

Wir über uns

Aber nicht die A- und B-Beamten sind es, die von Schlaflosigkeit geplagt werden, sondern, wie Univ.-Prof. Dr. Manfred Walzl in seinen Forschungen feststellt, die Bediensteten der Verwendungsgruppen C und D. Den Grund dafür ortet er in dem dort verstärkt empfundenem Mobbing und dem Druck, der auf den Damen und Herren aus diesen Verwendungsgruppen lastet. Übrigens werden die ganz einfachen Arbeiter am seltensten von Schlafstörungen heimgesucht.

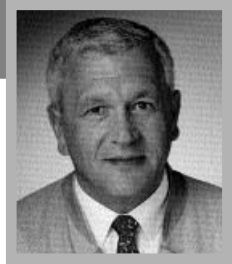
Wer Manfred Walzl kennt, weiß, dass der Wissenschaftler mit Redakteursvergangenheit bei der inzwischen leider verwichenen „Tagespост“ stets für griffige Formulierungen und Forderungen gut ist. Eine von diesen verlangt nunmehr den verpflichtenden Mittagsschlaf für die Damen und Herren der Beamtenschaft. Nicht mehr als 20 Minuten, aber das würde die Leistungskurve enorm heben und die Fehlerquote in eben demselben Ausmaß senken. Nach japanischem und zum Teil auch amerikanischem Vorbild sollte der Arbeitgeber Ruhezeiten für seine Bediensteten einrichten.

Auf Grund seiner Forschungen hat Univ.-Prof. Dr. Manfred Walzl auch „Die Zehn Gebote der Schlafmedizin“ aufgestellt, das wichtigste Gebot davon lautet: Kein Sport unmittelbar vor dem Schlafengehen.

Medizinisch geht es in diesem Steiermark Report auch weiter auf den Seiten neun und zwölf. Landes-

Dr. Dieter Rupnik
Leiter des
Landespressedienstes

Foto: Fischer



hygieniker Univ. Prof. Ing. Dr. Michael Köck spricht recht deutliche Warnungen die Mobiltelefonie betreffend aus und Dr. Marianne Wassermann-Neuhold berichtet angesichts der ab dem Frühjahr wieder drohenden Zeckenbissgefahr in der Gesundheits-Kolumne Wissenswertes über den Impfschutz.

Falls unseren Lesern bei dieser Ausgabe des Steiermark Report eine kleine Veränderung aufgefallen sein sollte - es hat seine Richtigkeit. Wir haben unseren Umschlag wieder einem Relaunch unterzogen und setzen damit ein Zeichen für die ständige Weiterentwicklung unseres Corporate Designs. Als nächsten Schritt werden wir in den folgenden Monaten auch das Layout ändern, um den Steiermark Report noch lesefreundlicher zu gestalten. Was den Inhalt betrifft, gilt weiter die Einladung an alle Damen und Herren im Landesdienst, selbst an der Gestaltung dieses Journalen mitzuarbeiten, indem man uns Beiträge - möglichst mit Fotos - von den einzelnen Dienststellen zukommen lässt.

Noch ein Wort zu unserer nächsten Ausgabe - diese wird meine Kollegin und Stellvertreterin Mag. Inge Farcher betreuen, da ich mich nach sieben Jahren als Landespressechef einmal für drei Wochen auf einen Kuraufenthalt begeben. Ab März geht es dann „generalüberholt“ mit neuen Kräften weiter.

Relaunch für das betriebliche Vorschlagswesen des Landes Steiermark

Eine neue Plattform für Ihre Ideen

Ihre Verbesserungsvorschläge sind gefragt: Mit der „Plattform Idee“ will das Land Steiermark das kreative Potential seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser nutzen. Verbesserungsvorschlägen eine öffentlichkeitswirksame Plattform zu bieten, ist das erklärte Ziel, des von der Abteilung 2 - Organisation gestarteten Relaunches.



Das neue Logo: Einfach, aber genial.

Das neue Logo sowie neue Anreize, sich einzubringen, zeigen, dass das Ideenmanagement des Landes auf gutem Kurs ist. Alle Mitarbeiter, die Verbesserungsvorschläge einbringen, erhalten eine kleine Anerkennung ihres Engagements, unabhängig davon, ob ihre Idee prämiert wird oder nicht.

Der Vorschlag wird drei Wochen lang anonymisiert im Intranet veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Gleichzeitig übermittelt die Abteilung Organisation den anonymisierten Vorschlag der zuständigen Dienststelle zur Begutachtung. Diese prüft den Verbesserungsvorschlag nach den Kriterien Neuigkeitswert, Nutzen für den Landesdienst, Nutzen für den Bürger, Art und Umfang des Wirkungsbereiches sowie Umsetzbarkeit.

Für jedes Kriterium können entsprechend dem Erfüllungsgrad null bis sechs Punkte vergeben werden. Je mehr Punkte erreicht werden, desto höher fällt die Prämie aus: Bei vier Punkten sind es 50 Euro, bei den Höchstpunktzahl von 30 bereits 3.630 Euro. In besonderen Fällen kann die Be-



v.l.n.r.: FH-Prof. Dr. Heimo Müller, Studiengangsleiter für Informationsdesign an der FH Joanneum, Dr. Wilhelm Plauder, Preisträger Michael Wagner und Projektleiterin FH-Prof. Mag. Melitta Moschik, FH Joanneum, freuen sich über den erfolgreichen Wettbewerb.

gutachtungskommission, die die Letztentscheidung trifft, auch die Überschreitung der Höchstprämie vorschlagen.

Benchmarking

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des betrieblichen Vorschlagswesens wollte es Dr. Wilhelm Plauder, Leiter der Abteilung 2 Organisation, genau wissen: Welche Erfahrungen gibt es damit in anderen Landesverwaltungen bzw. in der Privatwirtschaft. Er beauftragte Claudia Nowak, eine Public Management-Studentin der FH Technikum Kärnten, im

Rahmen eines 20-wöchigen Praktikums mit der Evaluierung. Auf Basis dieser Erhebungen wurde dann die Neuausrichtung des betrieblichen Vorschlagswesens erarbeitet.

Zündende Idee

Was nun für den Neustart fehlte, war ein passender Namen und ein Logo. Auch dafür griff Dr. Plauder auf FH-Know-how zurück. Im Rahmen eines Wettbewerbes wurden Studenten der FH Joanneum, Studiengang Informationsdesign, in Graz und der FH Technikum

Kärnten, Studiengang Public Management, in Spital an der Drau eingeladen, Vorschläge zur Namensfindung und zur Logogestaltung vorzulegen.

Der Gleisdorfer Michael Wagner, Studiengang Informationsdesign, hatte die zündende Idee, den Landesmitarbeitern eine neue Plattform für ihre kreativen Vorschläge anzubieten. Sein Namens- und Logo-vorschlag „Plattform Idee“ setzte sich gegen starke Konkurrenz durch und wurde zum Sieger gekürt. Der Lohn für seine Mühen: ein Scheck über 800 Euro.

Intranet

Wer mehr darüber wissen will, wie er seine Verbesserungsvorschläge bestmöglich „los wird“, kann sich im Intranet unter „Plattform Idee“ (Bereich Organisation) informieren.

Interessierte finden hier alle Daten und Fakten: angefangen vom Erlass, über die Richtlinien bis zum Formular für die Einreichung. Auch bisherige Prämierungen sowie Verbesserungsvorschläge, die derzeit begutachtet werden, kann man einsehen.

Schnupperlehre für Berufsfindung und praktische Ausbildung in Telefonzentrale des Landes

Damit Blinde die Arbeitswelt kennen lernen können

VON DIETER RUPNIK

Wieder einmal mehr beweist das Land Steiermark sein hohes soziales Engagement - in diesem Fall hilft es blinden Menschen bei der Berufsfindung. Zum Beispiel bei der Ausbildung in der Telefonvermittlung.

18 Jahre ist Michael Baldinger aus dem oberösterreichischen Timelkam, von Geburt an blind. Seit vergangenem September ist er Teilnehmer an der Aktion „Wegweiser“, die von Land Steiermark, Arbeitsmarktservice, Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung und Europäischem Sozialfonds über das Grazer Odilieninstitut abgewickelt wird. Wie bereits schon drei andere Sehbehinderte vor

ihm wird auch er - Liebe zum Beruf vorausgesetzt - zum Telefonisten ausgebildet.

Friedrich Kamper von der Landesamtsdirektion, unter anderem auch zuständig für die Telefonzentrale: „Bei uns können die Betroffenen in Form eines Praktikums die Arbeitswelt kennen lernen. Gerade weil wir ohnedies zwei Blinden-Arbeitsplätze in unserer Vermittlung haben, können sie sich dort

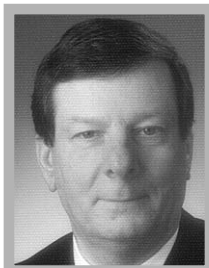
Friedrich Kamper mit den Telefonisten Christine Fötsch und Eduard Nussthaler (li.), der selbst schwer sehbehindert den blinden Michael Baldinger ausbildet.



auch selbst im praktischen Betrieb testen, ob sie die Voraussetzungen für diesen Beruf haben und ihn auch ausüben wollen.“ Eduard Nussthaler, seit 1977 beim Land Steiermark, übernimmt gerne die zusätzli-

che Aufgabe der Ausbildung. „Es gibt allein wegen unserer aufwändigen technischen Ausstattung kaum die Möglichkeit“, so Nussthaler, „den Telefonistenberuf anderswo in diesem Umfang zu erlernen.“

Dr. Manfred Rupprecht als „Konsulent für Feinstaubfragen“ eingesetzt



Landesrat Johann Seitinger und „sein“ Feinstaub-Konsulent Dr. Manfred Rupprecht (re.).

Mit Tempo 30 gegen Feinstaubplage

Als langjähriger Umweltschutz-Koordinator des Landes trat Dr. Manfred Rupprecht vor wenigen Monaten in den Ruhestand, nun wurde er von Umweltlandesrat Johann Seitinger aus der Pension zurückgeholt. Um die Feinstaub-Problematik in den Griff zu bekommen wird Rupprecht als Koordinator tätig sein. „Sein Erfahrungsreichtum ist für uns in dieser Situation unverzichtbar“, streut ihm der Umweltlandesrat Blumen.

Rupprecht trat 1968 in den Landesdienst ein, wurde 1981 zum Vorstand der Rechtsabteilung 3 ernannt, war 21 Jahre Umweltschutz-Koordinator des Landes und neun Jahre im Umweltsenat. Bei der Pressekonferenzlässlich seiner Pensionierung erzählte er von seinem Traum, die Verkehrslawine einzudämmen.

„Täglich soll im Radio durchgesagt werden, was es kostet, im Stau zu stehen und welche Vorteile der öffentliche Verkehr bringt“, erklärte er damals. Vielleicht wird das jetzt Wirklichkeit: In dem Maßnahmenkatalog, der vorbereitet wurde, sind nämlich auch Tempolimits vorgesehen, um die Feinstaub-Belastung auf erträgliche Werte zu senken. Per Verordnung wird ab 1. März das Tempo im Großraum Graz und im weststeirischen Städtedreieck reduziert: 30 km/h im Ortsgebiet (außer auf Vorrangstraßen), 70 km/h auf Freilandstraßen und 80 km/h auf Autobahnen. Davon betroffen sind die Gemein-

den Graz, Feldkirchen bei Graz, Gössendorf, Grambach, Hart bei Graz, Hausmannstätten, Pirka, Raaba und Seiersberg sowie die Sanierungsgebiete Köflach, Voitsberg, Bärnbach und Rosental an der Kainach. Die entsprechenden Verkehrstafeln werden mit Zusatztafeln ausgewiesen.



Plabutsch: Erste Tunnelanlage dieser Art in Österreich Einzigartige Sicherheitstechnik

v.l.n.r.: Lückler, Schöggel und Gobiet. Insgesamt zwölf Verkehrsminister und vier Verkehrslandesräte hat er bislang beschäftigt - der Grazer Plabutschtunnel. Verkehrslandesrat Dipl. Ing. Leopold Schöggel, konnte nun am 29. Jänner die zweite Röhre für den Verkehr freigeben.

„Mit der Errichtung der Weströhre steht den Verkehrsteilnehmern eine nach modernstem Stand der Technik ausgerüstete Tunnelröhre zur Verfügung“, sagte Schöggel, der beim Festakt Vizekanzler Hubert Gorbach und Landeshauptfrau Waltraud Klasnic vertrat. Bis Oktober 2004 bleibt den Autofahrern der Gegenverkehr im Plabutschtunnel noch erhalten: Dann werden die Kraftfahrzeuge auch durch die 16 Jahre alte Oströhre, die derzeit sicherheitstechnisch aufgerüstet wird, rollen. Mit dem zweiröhriigen Ausbau wird nicht nur der

Verkehrssicherheit, sondern auch dem gestiegenen Verkehrsaufkommen Rechnung getragen.

Asfinag-Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Franz Lückler lobt den Plabutschtunnel als einen der modernsten Tunnel Österreichs. „Er ist europaweit ein Vorzeigeprojekt. Insgesamt 34 Millionen Euro wurden in die Sicherheitstechnik, Lüftung und Löschwasserversorgung investiert.“ Die Gesamtkosten des von der Asfinag finanzierten Weströhre betragen netto rund 142 Millionen Euro. Für die

Planung, Ausschreibung und Umsetzung dieses Großprojektes zeichnet in Abstimmung mit der Asfinag die Fachabteilung 18A Straßeninfrastruktur verantwortlich. Deren Leiter, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Gobiet, bezeichnet die neue Weströhre „als die erste Tunnelanlage dieser Art in Österreich“. Erstmals wurde ein Regelkonzept entwickelt, das jederzeit einen rauchfreien Fluchtweg gewährleistet. Mittels Kameras und Sensoren wird der genaue Brandort errechnet. Die nächstliegende Lüftungsjalousie wird geöffnet, die anderen automatisch geschlossen.

Fürstenfelder Schnellstraße S7 schließt Verbindungslücke Graz - Budapest

Ost-West-Korridor

Noch bis Ende dieses Jahres soll die Trassenfindung für die Fürstenfelder Schnellstraße S7 abgeschlossen sein.

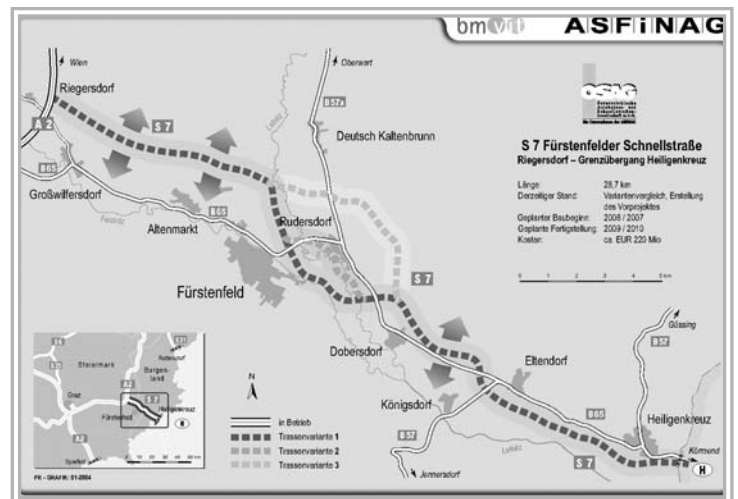
Die knapp 29 Kilometer lange Schnellstraße zwischen der A2 Südatautobahn und dem Grenzübergang Heiligenkreuz wird an der B65/319 Fürstenfelder Straße liegenden Gemeinden eine wesentliche Verkehrs-entlastung bringen, sind sich Landeshauptmann Waltraud Klasnic, ihr burgenländischer Amtskollege Hans Niessl sowie die Verkehrslandesräte Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, Steiermark, und Helmut Bieler, Burgenland, einig. Derzeit fah-

ren 15.000 Fahrzeuge täglich durch dieses Gebiet. Durch die EU-Erweiterung soll der PKW-Verkehr in den nächsten Jahren um 67 Prozent und der LKW-Verkehr um 120 Prozent steigen, so die Prognosen.

„Wir wollen die S7 und wir brauchen sie auch,“ lässt Klasnic keinen Zweifel an ihrer hundertprozentigen Unterstützung für dieses Projekt auf-

kommen. Sie fordert ebenso wie Niessl „eine Trassenlösung, die die Gemeinden entlastet und die Umwelt möglichst wenig beeinträchtigt“. Nach

der Trassenfindung und Umweltverträglichkeitsprüfung soll 2006 mit dem Bau begonnen werden. Ziel ist die Verkehrsfreigabe Ende 2009.



Trassenvarianten für die S7 Fürstenfelder Schnellstraße.

Unternehmensberater Roland Berger lobt Bundeskonvent und ortet für Verwaltung:

Ein Einsparungspotential bis zu vier Milliarden Euro

VON DIETER RUPNIK

Das hörten die Damen und Herren des Bundeskonvents gerne, denn: Erstens würden sie mit ihren Bemühungen auf dem richtigen Weg sein und zweitens könne man in der österreichischen Verwaltung bis zu vier Milliarden Euro einsparen. Festgestellt hat dies der deutsche Unternehmensberater Prof. Dr. Roland Berger bei einem Vortrag in Wien.

Ein hochkarätiges Publikum aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, darunter auch Nationalratspräsident Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol und Bundesratspräsident a. D. Prof. Herwig Hösele als Initiatoren des Bundeskonventes, Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein und Landeshauptmann Waltraud Klasnic, war in das Haus der Industriellenvereinigung am Wiener Schwarzenbergplatz gekommen um die Thesen des deutschen Unternehmensberaters Prof. Dr. Roland Berger zum Thema „Staats- und Strukturreformen als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs“ zu hören.

Also hörten sie Bekannteres wie „Österreich braucht eine schlankere Verwaltung“ und Aufrüttelnderes wie „In Österreich

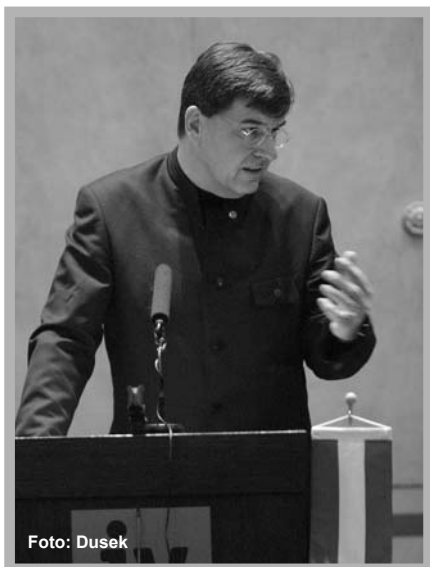


Foto: Dusek

(v.li.) Prof. Dr. Roland Berger, Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Nationalratspräsident Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol.



Foto: Dusek

wird jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben“, „Für Sozialausgaben werden 29 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgewendet“ und „In der österreichischen Verwaltung gibt es ein Einsparungspotential von 3,4 bis vier Milliarden Euro.“

Eingeladen hatte zu diesem Vortragsabend die Steirische Delegation in Wien mit Bundesrat Dr. Vincenz Liechtenstein in Kooperation mit der Industriellenvereinigung Wien.

Roland Berger ortet für Österreich zwar eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Anfang der Neunzigerjahre - „Die gute Ausgangslage beginnt zu erodieren“ - nennt aber fünf Hebel, die an der richtigen Stelle angesetzt Österreich wieder auf Spitzenplätze katapultieren könnten. So die Rücknahme von Aktivitäten und dafür die Stärkung von Dienstleistungen, Investitionen in den Hightech-Sektor, eine schlanke Verwaltung kombiniert mit einem Bürokratieabbau. So fordert Roland Berger abschließend: „Weniger für gestern und dafür mehr für morgen ausgeben“, zollt den Bemühungen des

Mitinitiator des Bundeskonventes: Bundesrat Prof. Herwig Hösele.



Foto: Landespressediens

Die neue Geschäftsführerin des Bundeskonventes, Ministerialrat Dr. Edith Goldeband vom Bundesrechnungshof, wo sie auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig zeichnet. Sie folgt im Bundeskonvent Ministerialrat Dr. Wohlrab, der von der Möglichkeit des strukturbedingten vorzeitigen Ruhestandes Gebrauch machte.

Österreich-Konventes volle Anerkennung, weil sie zielführend seien und meint: „Österreich braucht eine Verwaltungsreform und nicht eine Verwaltung der Reform.“

Landeshauptmann Waltraud Klasnic bekannte sich zu den vorgezeichneten Reformschritten, betonte aber, dass Modernisierungsvorhaben das Heimatgefühl der Menschen nicht beeinträchtigen dürfe.

Straßenreport

Schachen bei Voralpe (Bezirk Hartberg): Den Pendlern im Raum Schachen bei Voralpe stehen demnächst Verbesserungen ins Haus. Gegenüber dem Gemeindeamt Schachen an der Landesstraße L 405, Voralper Straße, wird eine Park & Ride-Anlage entstehen. Gleichzeitig werden ein Buswartehäuschen und eine Busumkehrschleife errichtet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 54.000 Euro. Die zukünftige Parkanlage liegt direkt an den Haltestellen der Verbundlinien 326 Voralpe-Wenigzell, 343 Voralpe-Kaindorf bei Hartberg und 210 Graz-Voralpe und wird Platz für 25 Pkw und überdachte Abstellplätze für Fahrräder und einspurige Kraftfahrzeuge bieten.

Weißbach bei Haus (Bezirk Liezen): Die Ennsbrücke Weißbach bei Haus wird neu errichtet. Nach schweren Hochwasserschäden wird die rund 35 Meter lange Brücke in zehn Metern Entfernung flussabwärts samt Straßenanschlussstücken neu errichtet. Die Kosten belaufen sich auf rund 800.000 Euro. Während der Bauzeit bleibt die derzeit bestehende Brücke als Baustellenumfahrung bestehen und wird erst nach der Fertigstellung Ende August 2004 abgetragen.

Birkfeld/Koglhof (Bezirk Weiz): Die „Kreuzung Spiegelgraben“ im Grenzbereich der Gemeinden, die die B 72, Weizer Straße, und die L 104, Breitenauer Straße, verbindet, wird ausgebaut. „Durch das spitzwinkelige Einmünden der L 104 in die B 72 und die fehlende Linksabbiegespur an der B 72 ist es immer wieder zu gefährlichen Situationen gekommen“, so LH-Stv. Dipl.-Ing. Leopold Schöggel. Die Bauarbeiten starten im Frühjahr 2004, Baufertigstellung voraussichtlich bis Ende August 2004.

Seggau (Bezirk Leibnitz): Mit Gesamtkosten von 850.000 Euro werden bis Ende April 2004 an der Landesstraße L 662, Seggaustraße zwei Bauvorhaben umgesetzt. Im Rahmen der Baumaßnahme „Umfahrung Seggau“ wird die derzeit durch das Betriebsgelände des Schlosses Seggau führende Landesstraße auf einer Länge von rund 500 Metern verlegt. Die zweite Baumaßnahme an der L 662 in der Gemeinde Seggau umfasst den Ausbau der Landesstraße auf einer Länge von rund 450 Metern. Die Kosten von 430.000 Euro werden vom Land Steiermark zur Verfügung gestellt. Auch diese Baumaßnahme wird bis Ende April 2004 rechtzeitig vor der Landesausstellung fertig gestellt.

Landesbahnen nun auch mit neuer Direktion Weiter mit Volldampf voraus

Sie geben nicht nur wirtschaftlich zum Beispiel mit dem „Touareg-Express“ kräftige Lebenszeichen, nun haben sie auch baulich Signale gesetzt. Von der Grazer Radetzkystraße sind die Landesbahnen in die Eggenberger Straße in ein neues Direktionsgebäude gezogen.

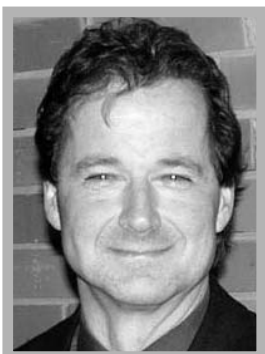
In nur sechsmonatiger Bauzeit wurde aus dem alten und seit Jahren leer stehenden Landesforstbauhof eine schicke und allen Anforderungen eines modernen Transportleistungs- und Logistikbetriebes entsprechende Firmenzentrale. Der Bürokomplex wurde vor kurzem seiner Bestimmung übergeben. Funktionalität und Ausstattung beeindrucken ebenso wie die auffallend rote Fassade des Bürokomplexes. Lob und Anerkennung fand Landesbahnen-Geschäftsführer Dr. Helmut Wittmann für den Bauträger: „Die Zusammenarbeit hat uns gezeigt, dass wir mit der Immorent den idealen Partner für die Umsetzung unseres Projektes gefunden haben. Uns kommt auf den Quadratmeter umgerechnet der Neu- und Umbau billiger als eine Miete.“ Zur Betonung der Tradition der Landesbahnen - das Unternehmen existiert seit 1890 - wurde auch die älteste Schmalspur-Dampflok (Baujahr 1892) der Landesbahnen herangekarrt. Und nur kundige Experten bemerkten, dass der Dampf aus dem Schornstein von einem geliehenem Disco-Gerät und der Pfeifton von einem Kompressor im Keller stammte. Die „Stainz 2“ wirkte trotzdem recht authentisch.



Foto: Pachernegg

v.l.: Ing. Heinz Moser (Immorent), Direktor a. D. Dipl.-Ing. Franz Brünner und der nunmehrige Direktor Dr. Helmut Wittmann (beide Steiermärkische Landesbahnen), LH-Stv. Dipl.-Ing. Leopold Schöggel und Mag. Franz Kerber (Immorent) vor der ältesten Landesbahnlokomotive „Stainz 2“, Baujahr 1892.

Der Landeshygieniker schlägt Alarm - So ungefährlich ist die Handystrahlung nicht



Weil es eben so praktisch ist, wollen wir es einfach nicht hören. Aber internationale wissenschaftliche Studien sprechen ganz eindeutige Warnungen aus: Mobilfunk-Telefonie ist nicht ganz ungefährlich. Landeshygieniker Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck (linkes Foto) und sein Mitarbeiter Mag. Dr. Robert Schlacher haben nun ein Merkblatt herausgebracht, das der Steiermark Report wegen seiner besonderen Aktualität gerne veröffentlicht.



Handys können die Gesundheit beeinträchtigen. Da sich jedoch der Gebrauch von Handys in unserer Gesellschaft flächendeckend durchgesetzt hat und diese Technologie durchaus eine zweckmäßige Erfindung ist, liegt es auch in

- Benutzen sie Headsets (um die Strahlungsquelle so weit wie möglich vom Kopf fern zu halten).
- Im Auto nur mit Außenantenne telefonieren (sonst benötigt das Handy eine entsprechend höhere Sendeleistung,

Die häufig bedrohlich wirkenden Funkantennenanlagen, die weithin sichtbaren „Masten“ sind es gar nicht immer, die eine gesundheitsgefährdende Strahlung von sich geben. Landeshygieniker Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck: „In geringerem Maß als Handys beeinträch-

Kinder und Handy - am besten nur wichtige Gespräche

unserem Verantwortungsbereich sinnvoll damit umzugehen.

Tipps zur Risiko-Minimierung

- Handy einfach zwischendurch abschalten (die meisten Anrufe haben keinen dringlichen Charakter).
- Zu Hause nur im Festnetz telefonieren (damit verringern sich die Belastungszeiten).
- Handy nicht am Körper tragen (das elektromagnetische Feld, das uns beeinflusst, wird mit dem Abstand geringer).
- Handy erst ans Ohr, wenn es klingelt (Handys strahlen besonders intensiv beim Aufbau einer Verbindung).
- Handy immer im unteren Bereich anfassen (sonst wird die Antenne durch die Hand isoliert).
- Nur bei gutem Empfang telefonieren (je geringer der Empfang ist, desto höher ist die Leistungs-Abstrahlung).

womit die Belastung im Innenraum zunimmt).

- Kaufen Sie Handys mit niedrigen SAR-Werten (spezifische Absorptions-Rate), diese sind im Internet abrufbar (www.handywerte.de) und sollten weniger als 0,6 W/kg aufweisen).
- Vermehrt SMS senden - diese belasten den Körper wesentlich geringer.
- Schnurlostelefone (DECT-Technologie) sollten nicht im Bereich von Schlaf- und Arbeitsplätzen aufgestellt werden. Diese senden permanent gepulste Signale auch außerhalb der Gesprächszeit.



tigen Mobilfunk-Basisstationen die Bevölkerung. Mit entsprechender Entfernung zur Antenne nimmt das Ausmaß der Immissionen ab. Basisstationen sollten jedoch nicht in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Spitälern u.ä. errichtet werden.“

Besondere Gefahr für Kinder

Besonders Eltern von noch kleineren Kindern möchte Landeshygieniker Michael Köck besonders warnen, denn für die Kleinen kann sich der Handy-Gebrauch gesundheitsgefährdend auswirken. „Kinder sollten wenn möglich nur wichtige Gespräche führen, ihr Körper ist der Strahlung vermehrt ausgesetzt,“ so der Landeshygieniker. Und weiter: „Sie haben noch einen recht dünnen Schädelknochen und ein noch nicht voll entwickeltes Nervensystem und sind damit weitaus anfälliger für die negativen Auswirkungen von Strahlungen.“

12. Februar: Tag der offenen Tür an zwei Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe

Von der Krisenintervention bis zur Gentechnik

VON INGE FARCHER

Als Kriseninterventions-Spezialisten ist ihr Rat in jeder kritischen Situation gefragt. Sie helfen aber auch Jugendlichen weiter, die sich auf Crash-Kurs mit ihrer Umwelt befinden und sie betreuen Behinderte sowie Menschen mit neurologischen sowie psychischen Erkrankungen.

Die Rede ist von den Absolventen der Schule für psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark. Sie haben nach ihrer dreijährigen Ausbildung die Qual der Wahl, denn die Berufsmöglichkeiten sind sehr vielfältig. Ihre Qualifikation ist in Beratungsstellen genauso gefragt wie in Kliniken, in Altenheimen und Ambulanzen oder in beschäftigungs- und arbeitstherapeutischen Einrichtungen. Schuldirektor Bernhard Amtmann: „Pro Jahr nehmen wir bis zu 36 Studenten auf, die nach ihrer Ausbildung in kürzester Zeit interessante Jobs bekommen. Derzeit gibt es sogar mehr offene Stellen als Absolventen. Aufnahmebedingungen sind u.a. die Vollendung des 18.

Lebensjahres, die körperliche und geistige Eignung sowie die erfolgreiche Absolvierung von zehn Schulstufen.“

Tag der offenen Tür

Ähnlich rosig schauen die Zukunftsaussichten für die Absolventen der Akademie für den medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst des Landes Steiermark aus. Die diplomierte medizinisch-technische Analytikerin (DMTA) Olivia Trummer hat z.B. ihr Jobangebot während ihres Diplompraktikums bekommen. Heute jobbt sie genau in dem Bereich, der sie immer schon fasziniert hat: die Molekularbiologie. Sie arbeitet an einer Studie mit, die

mittels gentechnischer Untersuchungen prüft, ob Raucher ein größeres Risiko haben, an Arteriosklerose zu erkranken. Mit ihrer Ausbildung hätte sich Olivia Trummer aber genauso für eine Karriere in der Immunologie oder der klinischen Chemie entscheiden können, sprich für die Lebensmittel- und Umwelthygiene.

Wer mehr über diese Berufsvielfalt im Gesundheitsbereich wissen will, sollte am 12. Februar von 10 bis 16 Uhr, den Tag der offenen Tür beider Schulen nutzen:

Tag der offenen Tür:

Schule für psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege

Akademie für den medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst

Landesnervenklinik Sigmund Freud, Wagner-Jauregg-Platz 23, 8053 Graz.

Weitere Infos unter www.gesundheitsausbildungen.at

Neue Publikation der Fachabteilung 8A Patienten- und Pflegeombudsschaft

Wer hat Angst vor dem Doktorlatein?

VON INGE FARCHER

Sollte Ihnen die im Doktorlatein vorgetragene ärztliche Diagnose Schwindelgefühle verursachen und Sie nur mehr „Bahnhof“ verstehen, greifen Sie am besten zu dem kleinen, aber feinen Büchlein der Fachabteilung 8A Patienten- und Pflegeombudsschaft: „Keine Angst vor dem Doktorlatein“.

Wenn der Arzt Anorexia, Hyperglykämie oder Laryngitis diagnostiziert, dann kann einem schon angst und bang werden. Im „Schockzustand“ traut sich der Patient oft nicht, sofort eine allgemein verständliche Erklärung einzufor-

dern. Was schade ist, denn sonst würde er sofort erfahren, dass der Arzt nicht von lebensgefährlichen Krankheiten, sondern von Appetitlosigkeit, einem zu hohen Blutzuckerspiegel bzw. einer Kehlkopfentzündung gesprochen hat ...

„Menschen mit einer Erkrankung müssen plötzlich Menschen vertrauen, die sie nicht kennen und deren Sprache sie großteils auch nicht verstehen,“ sagt die Patienten- und Pflegeombuds-
Mag. Renate Skledar. Sie hat deshalb mit ihrem Team ein



Nähere Informationen unter:

„www.patientenvertretung.steiermark.at“

Mag. Renate Skledar. Sie hat deshalb mit ihrem Team ein

Fortsetzung auf Seite 11

Drei von elf ausgezeichneten Leonardo Da Vinci Projekten kommen aus der Steiermark

Erfolg mit ergonomischem Arbeiten

VON INGE FARCHER

Die Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege und Kinder- und Jugendlichenpflege des Landes Steiermark am LKH Graz kann zu Recht stolz sein: Ihr Projekt „Ergonomisches Arbeiten“ wurde mit der österreichischen Auszeichnung „Qualität in der Mobilität“ durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur prämiert.

v.l.n.r.: Projektleiterin Rosemarie Langbauer, Direktorin Annemarie Trummer, Projektteilnehmerin Eva Hager, Ministerialrat Mag. Theodor Siegel, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, und Projektteilnehmer Harald Brunner.



Das aus Schülern und Schülerinnen der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege bestehende Projektteam konnte dank eines Leonardo Da Vinci Mobilitätsprojektes in verschiedenen europäischen Ländern eigene Erfahrungen zum Thema ergonomisches Arbeiten in der Krankenpflege sammeln und dadurch viele neue Anregungen zurück in die Steiermark bringen. Leonardo Da Vinci, das Berufsbildungsprogramm der EU,

ermöglicht jährlich etwa 1.600 Personen aus Österreich praktische Berufserfahrungen in einem anderen europäischen Land.

Rund 1.000 Schülerinnen, Schüler und Lehrlinge, 300 Studierende, 100 junge Arbeitnehmer und Graduierte sowie rund 170 Ausbilder erhielten 2003 im Rahmen dieses Programmes eine Unterstützung im Rahmen eines Mobilitätsprojekts, das durch ihre Ausbildungseinrichtung oder ihr Unternehmen entwickelt wurde.

Elf dieser österreichischen Mobilitätsprojekte wurden nun für ihre hohe Qualität ausgezeichnet. Die steirischen Projekte schnitten besonders gut ab: Neben dem Projekt „Ergonomie“ wurden auch das Projekt der Leobner Voest-Alpine Stahl Donawitz GmbH „Erfahrungsaustausch im technischen Bereich“ und das Projekt „Kompetenzbildung als gewerkschaftliches Bildungsziel der Zukunft“ des österreichischen Gewerkschaftsbundes Steiermark prämiert.

Fortsetzung von Seite 10

kleines Patientenlexikon zusammengestellt, das die Angst vor der medizinischen Fachsprache abbauen und durch ein besseres Verständnis ersetzen soll.

Gleich in der Einführung erfährt man, dass medizinische Fachausdrücke meist aus lateinischen und altgriechischen Wörtern bzw. Wortsilben zusammengesetzt sind. Beide sind tote Sprachen, sprich, sie verändern sich nicht mehr und werden des-

halb international als Fachsprachen akzeptiert. Die meisten Fachausdrücke bestehen aus zusammengesetzten Wort-Elementen: einer Vorsilbe, einem Wortstamm und einer Nachsilbe. Wenn der Laie die Bedeutung der wichtigsten Wortstämme der Vor- und Nachsilben kennt, kann er den Sinn der meisten Ausdrücke ableiten. Nehmen wir z.B. den Fachausdruck „Polyarthrititis“. „Poly“ ist die Vorsilbe und bedeutet „viel im Sinne von mehreren“, der

Wortstamm „arthr(o)“ heißt Gelenk, die Nachsilbe „itis“ steht immer für Entzündung. Polyarthrititis bedeutet also Entzündung mehrerer Gelenke. So verliert die Fachsprache schnell das Mystische, Beängstigende und Verunsichernde.

Am Anfang sind daher alle, für die Medizin wichtigen Vorsilben, Wortstämme und Nachsilben samt deutscher Übersetzung aufgelistet, gefolgt von alphabetisch aufge-

listeten Erklärungen gebräuchlicher Fachausdrücke und Krankheitsbilder.

Interessenten können die Broschüre kostenlos von der Fachabteilung 8A Patienten- und Pflegeombudsschaft, Trauttmansdorffgasse 2, 8010 Graz, anfordern bzw. können sie von der Homepage www.patientenvertretung.steiermark.at (Menüpunkt Broschüren) herunterladen.



Gesundheit

Dr. Marianne Wassermann-Neuhold
Fachabteilung 8B - Gesundheitswesen

In Erwartung des Frühlings - Neues von der FSME

2003 gab es in Österreich 82 Erkrankungsfälle an FSME (durch Zecken übertragene Hirn- und Hirnhautentzündung), was einer Steigerung von 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht; dies obwohl die Durchimpfungsrate bei rund 87 Prozent liegt. Die meisten Infektionen traten wieder einmal in der Steiermark mit 28 Fällen auf, gefolgt von Oberösterreich mit 14 und Kärnten mit elf Fällen. Die Betroffenen, alle zumindest vorübergehend intensivstationspflichtig, waren mit einer Ausnahme durchwegs nicht oder nicht vollständig geimpft. Auch traten wieder Neuinfektionen in bisher nicht betroffenen Gebieten (Salzburg, Salzkammergut) auf.

Mit ein Grund für die Zunahme der Erkrankungsfälle ist sicher der vergangene „Jahrhundertsommer“ - man hielt sich einfach mehr im Freien auf. Viel Zeit in der freien Natur verbringt auch die hauptbetroffene Personengruppe, das sind Personen über 50 Jahre. Hier gibt es nach wie vor so viele Fälle, wie vor Einführung der Impfung! Dabei ist die Impfung in diesem Alter besonders wichtig, da die Erkran-

kung meist deutlich schwerer verläuft als bei Jüngeren.

Was ist neu? Studien der Universität Wien haben ergeben, dass der Impfschutz, was schon eine Zeit lang vermutet, bisher aber nie untersucht worden war, länger anhält als angenommen wurde. In der Praxis bedeutet das, dass nun nach der Grundimmunisierung (erste und zweite Teilimpfung im Abstand von einem Monat, dritte Teilimpfung nach einem Jahr) und einer ersten Auffrischung nach drei Jahren, die weiteren Auffrischungen (also ab der vierten Impfung) nur mehr alle fünf Jahre durchgeführt werden müssen. Ab dem 60. Lebensjahr erfolgt die Auffrischung weiterhin alle drei Jahre, da die schützenden Abwehrstoffe im Blut rascher abnehmen.

Die heurige FSME-Impfkaktion in der Impfstelle des Landes und in den Bezirken dauert von Anfang Februar bis Ende Juni. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die MitarbeiterInnen der Impfstelle.

Infos:

Dr. med. Marianne Wassermann-Neuhold, Fachabteilung 8B - Gesundheitswesen (Sanitätsdirektion), 8010 Graz, Paulustorgasse 4, Telefon: 0316/877-5551, Fax: 0316/877-3555, E-Mail: marianne.wassermann-neuhold@stmk.gv.at

Führer durch das Gesundheitswesen

Mit dem persönlichen Serviceheft der Fachabteilung 8 B Gesundheitswesen ist es ab sofort für jede Steirerin und jeden Steirer noch leichter, sich rasch über die Angebote und Hilfestellungen des Landes Steiermark im Gesundheitsbereich zu informieren.



Rat und Tat bei allen Gesundheitsfragen.

Das im steirischen Grün gehaltene handliche Büchlein versteht sich als „roter Faden“ durch die verschiedenen Servicestellen: Angefangen von der Umweltmedizin, über Ernährungsberatung, Gesundheitsförderung, Reisemedizin, Impfungen, Hauskrankenpflege, psychischer Beratung und Suchtvorbeugung bis hin zum mobilen Röntgenbus, der Lebensmittelaufsicht sowie der Bildung und Weiterbildung in medizinischen Berufen.

Das Serviceheft ist kostenlos unter der Telefonnummer 0316-877-4297, 3533 bzw. unter der E-Mail Adresse fa8b@stmk.gv.at zu bestellen. Das Heft zum Herunterladen sowie weitere Informationen über das umfangreiche Serviceangebot im Gesundheitsbereich gibt es unter der Internetadresse www.sanitaetsdirektion.steiermark.at.

Das Steiermärkische Landesarchiv weckt Interesse an Archäologie

Die Steiermark in Funden

Das Steiermärkische Landesarchiv hat sich mit seiner Vortragsreihe „Aktuelle Archäologie“ zu einem fixen Treffpunkt für archäologisch interessierte Steirerinnen und Steirer entwickelt.

„Unser Ziel ist es, die archäologische Forschung auf möglichst breiter Basis der Fachwissenschaft und allen interessierten Steirern zugänglich zu machen,“ sagt der Direktor des Steiermärkischen Landesarchives, Dr. Josef Riegler, zu dieser im Rahmen des Kultur- und Bildungsprogrammes „Kultur im Archiv“ geführten Veranstaltungsreihe.

Die Veranstaltungen finden jeweils um 18.00 Uhr im Wartungssaal des Steiermärkischen Landesarchives, Karmeliterplatz 3, statt. Ulla Steinklauber moderiert die rund 50-minütigen Vorträge. Der Eintritt kostet zwei Euro.

Das Programm der Vortragsreihe „Aktuelle Archäologie“ im ersten Halbjahr 2004:

Mittwoch, 4. Februar 2004, 18 Uhr

„GRÄBER IN HÜGELN“

Wolfgang ARTNER: Hallstattzeitliche Grabhügel in St. Martin im Sulmtal
Christoph HINKER: Ein Grabhügel der Zeitenwende in Rassach

Mittwoch, 11. Februar 2004, 18 Uhr

„STADT UND LAND ZUR RÖMERZEIT“

Hannes HEYMANS: Flavia Solva
Georg TIEFENGRABER und Susanne

LEHNER: Eine Siedlung am Saazer Kogel

Mittwoch, 25. Februar 2004, 18 Uhr

„URGESCHICHTLICHE SCHMELZPLÄTZE UND SIEDLUNGEN“

Susanne KLEMM: Kupfergewinnung in der Eisenerzer Ramsau

Christoph GUTJAHR: Siedlungen in Wildon und Wörschach

Mittwoch, 3. März 2004, 18 Uhr

„UNTER GRAZER PLÄTZEN“

Margret KRAMER: Freiheitsplatz

Diether KRAMER: Pfauengarten und Karmeliterplatz

Weitere Informationen über Kulturveranstaltungen im Steiermärkischen Landesarchiv erhalten Sie unter der E-Mail-Adresse fa1d@stmk.gv.at oder unter der Telefonnummer 0316/877-3009, 3011.

Ein Ticket öffnet die Pforten von neun Landesmuseen und das um nur neun Euro

Neun mal neun macht neun

Neun Bundesländer, neun Landesmuseen und eine große Bandbreite an Museumssammlungen und Ausstellungen können zu einem sensationellen Schnupperpreis von neun Euro besucht werden.

Erstmals gibt es in der Geschichte der österreichischen Landesmuseen ein konzertantes Angebot: das „neun mal neun-Ticket“. Die gemeinsame Eintrittskarte kann in jedem der neun Landesmuseen erworben werden und berechtigt bis Ende 2004 zum einmaligen Besuch je einer Institution der insgesamt neun Landesmuseen: Landesmuseum Burgenland, Eisenstadt, Landesmuseum Kärnten, Klagenfurt, Niederösterreichisches Landesmu-

seum, St. Pölten, Oberösterreichische Landesmuseen, Linz, Salzburger Museum Carolino Augusteum, Salzburg, Landesmuseum Joanneum, Graz, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck.

In den einzelnen Bundesländern haben die Besucher nun die Qual der Wahl: In Graz müssen sie entscheiden, ob sie ihr 9x9-Ticket z.B. beim Kunsthaus, beim Zeughaus, im Schloss Eggenberg, in der

Neuen Galerie oder beim Stammhaus

des Landesmuseums Joanneums einlösen. Im Zeitraum Jänner bis Februar 2004 präsentiert jedes der neun Landesmuseen Österreichs in einer Sonderausstellung je ein Objekt aus der Sammlung der anderen acht Landesmuseen. Das Wien Museum ist z.B. mit ei-



„Das Eisenbahn-Spiel“, Wien Museum, Brettspiel mit Bildkarten und Würfeln, Wien, um 1837.

nem „Eisenbahn-Spiel“ vertreten, bei dem es sich um eine Luxusausgabe für die Weltausstellung 1837 handeln dürfte.

Die Sonderausstellung ist im Landesmuseum Joanneum noch bis 15. Februar in der Neutorgasse 45 zu sehen.



Foto links: Landeshauptmann Waltraud Klasnic hatte zum traditionellen Neujahrsempfang für die Medien eingeladen, mehr als 200 Gäste hatten dieser Einladung in den zweiten Stock der Grazer Burg gerne Folge geleistet. Foto unten:



„Hoher“ Besuch aus Wien - Informationsdirektor Gerhard Draxler (Bild Mitte) traf seine früheren Kollegen aus dem Landesstudio Steiermark, Reinhart Grundner (li.) und Mag. Helmut Schöffmann zu einem kleinen Fachplauscherl.

Die Beliebtheit der Veranstaltung lässt sich daran ermes- sen, dass es um die Einladung ein „G'riss“ gibt, das dem um den Offiziersball schon zu ähneln beginnt - der all- jährliche Medienempfang im zweiten Stock der Gra- zer Burg, zu dem Landeshauptmann Waltraud Klasnic einlädt und zu dem „man/frau“ gerne kommt. Freunde aus der großen heimischen Me- dienszene, für die ein Be- such in der Grazer Burg

normalerweise mit Ar- beit verbunden ist, trafen einander dort wie in den Jahren zuvor schon pri- vat und gemütlich. Mehr als 200 Besucher unter- hielten sich - diesmal ne- ben den Köstlichkeiten aus dem Hause Oswald auch bei Vulcano-Schin- ken aus der Oststeier- mark - prächtig bis ...? Die Damen vom Reini- gungsdienst hatten dies- mal jedenfalls nieman- den mehr angetroffen.

Steirerkrone- Chefredakteur Markus Ruthardt mit Redaktions- kollegen Gerhard „FOB“ Fel- binger und Wirt- schaftslandesrat Dipl.-Ing. Her- bert Paierl.



Hans Ainerdinger und „sein“ Chefredakteur Norbert Wallner vom „Murtaler“ in der Runde mit VP-Landesgeschäftsführer Bundesrat Mag. Dr. Andreas Schnider, „Licht ins Dunkel“-Prä- sentator a. D. und nunmehriger Programmchef bei Bruno Rabls Mema TV in Kapfenberg, Pert Oberhauser mit Tischdame Waltraud Klasnic. Im Bild darunter: Chefredakteur der Presse-Re- daktion Steiermark, Dr. Ernst Sittinger im ver- tieften Gespräch mit der Gastgeberin.



Die Chefin vom Dienst des Stei- ermark Report und Büromanage- rin im Landespressediens- t, Bri- gitte Rosenberger wird vom Chef der wie immer exzellent arbei- tenden Burg-Service-Brigade, Hu- bert Schadenbauer persönlich zu einem Achterl überredet.



Bild unten: Was mag Kleine-Redakteur Mag. Claus Albertani (stehend) da wohl zum Besten gegeben haben, dass Landesrat Hermann Schützenhöfer, Kleine-Chefredakteur Dr. Erwin Zankel und ORF-Landesdirektor Mag. Dr. Edgar Sterbenz in derart schallendes Gelächter ausgebrochen sind?



LH Waltraud Klasnic und Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder mit Klubobmann Mag. Christopher Drexler, den Landesräten Hermann Schützenhöfer, dazwischen Landespressechef Dr. Dieter Rupnik, dann Dipl.-Ing. Herbert Paiert und Hans Seitinger.



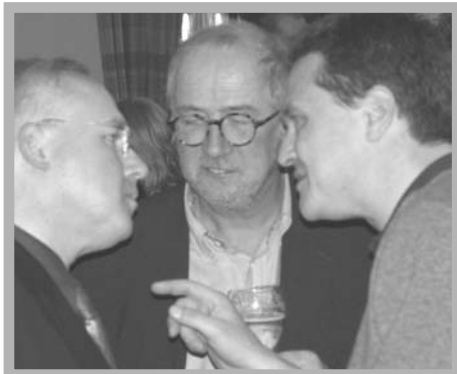
Das ORF-Ehepaar Birgit und Oliver Zeisberger, bei dem sich bald wieder Nachwuchs einstellen wird, Christa Blümel von der Steirerkrone, Kurier-Redakteurin Elisabeth Holzer, Mag. Ulli Glettler halb verdeckt von OE 1-Mann Mag.



Hans Christian Scheidt. Foto links: „Heinz, du wirst es nicht glauben ...“ Fernsehredakteur Dr. Franz Klinger im Gespräch mit FH-Studiengangleiter Dr. Heinz M. Fischer und ORF-Steiermark-Kulturchef Mag. Peter Wolf. Bild darunter: Auch Ex-White Star, ORF-Moderator Walter Reischl sagte in der Burg Guten Abend.

Von einem weiteren Journalistenfestler wäre ebenfalls zu berichten. Dieses ging vor kurzem im Steirischen Presseclub über die Bühne und hatte als Hauptdarsteller Franz Grabner, ehemaliger NZ-Redakteur und Chefredakteur des „Obersteirer“, vor allem aber Langzeit-Obmann des Presseclubs. Von 1986 bis 1993 war Franz Grabner Geschäftsführer des Presseclubs, dann übernahm Mag. Dr. Heinz M. Fischer die Geschäftsführerenden und Franz Grabner zog sich auf den Obmannposten zurück.

Seit 22. Jänner ist Franz Grabner nun Ehrenobmann und Johannes Kübeck von der Kleinen Zeitung tritt - zumindest bis zur Neuwahl im Mai dieses Jahres - an die Obmannstelle. Neben netten Worten und ebenso netten Geschenken gab es dabei auch ein Wiedersehen mit Journalisten-Legenden wie Gerhard Kaller von der Kleinen Zeitung und Adolf „Ivo“ Hirschler von der NZ, von der auch Chefredakteur a.D. Josef Riedler und Günther „Gunk“ Gruber gekommen waren.



Darf sich auch schon zu den Oldies, but Goldies unter den Journalisten zählen: Hans Mucha (Bildpost)



Bild rechts: Heinz Fischer mit dem neuen Obmann Johannes Kübeck und dem scheidenden Presseclub-Obmann und nunmehr Ehrenobmann Franz Grabner (von links).

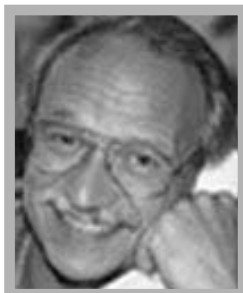
Sämtliche Fotos: Landesspressedienst

Ebenfalls mit von der Partie - Reinhold Gmeinbauer, Geschäftsführer der Grazer Woche.





Der eine geht, die andere kommt: Andrea Rotschädl folgt Ludwig Lanzenbacher im Büro Voves nach



Mit Jahresende wechselte im Büro von Landeshauptmann-Stv. Mag. Franz Voves eine Institution in den wohlverdienten Ruhestand: Ludwig Lanzenbacher. „Wiggerl“ wie der stets gut Gelaunte von seinen Kolleginnen und Kollegen liebevoll genannt wird, hatte und hat stets für jeden ein offenes Ohr und für jedes noch so knifflige Problem eine Lösung parat. Er war 28 Jahre in der Grazer Burg tätig und arbeitete in seiner Karriere unter vier Landeshauptmannstell-

vertretern - von Adalbert Sebastian über Hans Gross zu Peter Schachner und zuletzt Franz Voves.

Seine Nachfolgerin ist die 30-jährige Dr. Andrea Rotschädl, Tochter des steirischen AK-Präsidenten Walter Rotschädl. Die Juristin mit den Fachgebieten Vertragswesen und Wahlen war in ihrer bisherigen beruflichen Karriere als Referentin beim ehemaligen Finanzlandesrat Hans-Joachim Ressel und zuletzt im Landesverfassungsdienst tätig.

Ebenso liebenswürdig wie kompetent - Hofrat Dr. Herbert Knapp, der sich nunmehr mit 1. März in den Ruhestand verabschiedet. „Gelernt“ hatte Herbert Knapp den praktischen Teil des Juristenhandwerkes bei der Grazer Polizei, aber bereits zu Beginn der 70er Jahre holte der legendäre Soziallandesrat Josef Gruber den aufstrebenden Jung-Juristen von den lichten

Höhen der Paulustorgasse hinunter in das Grazer Landhaus. Nachdem er sich bei Langzeit-Landesrat Sepp Gruber ebenso profiliert hatte wie bei der Polizei, war es nicht weit zum Büroleiter, wo er mit dem heutigen Bezirkshauptmann von Knittelfeld, Dr. Werner Wurzbach die Büro-Agenden wahrnahm. Später wurde Her-

bert Knapp Vorstand der „Neuner“, der damaligen Sozialabteilung und wurde mit der neuen Geschäftsordnung Leiter der Fachabteilung 11A. Langeweile im Ruhestand ist nicht angesagt, denn Herbert Knapp ist gemeinsam mit seinem Bruder Univ.-Dipl.-Ing. Dr. Kurt Knapp an der Knapp Logistik Automations GmbH. beteiligt.



Dr. Herbert Knapp (re.) mit seinem früheren Chef, Soziallandesrat Josef Gruber, der ihn von der Polizei Graz in das Land Steiermark geholt hatte.

Die mahnenden Worte von Landesstatistiker Dr. Ernst Burger („Weniger Eheschließungen, weniger Kinder“) hatte man offensichtlich auch jenseits des Hühnerberges im Südosten von Graz vernommen, wo man im Pirchinger Gasthof „Zur Granitzmühle“ zum „Single Ball“ lud. An die 400 Personen - echte Singles, solche, die es gerade noch sind, und auch solche, die nur „Single-Schauen“ waren - hatten Säle und Discozelt gefüllt. Mitverantwortlich für den großen Ballerfolg war ORF-Aufwecker aller SteirerInnen, Starmoderator Oliver Zeisberger, der sich nicht

nur als „Zuagrasta“ in seiner neuen Heimatgemeinde Empersdorf mit Gattin Birgit und Sohnemann Max - das Geschwisterl kommt bald - ausgesprochen wohl fühlt, sondern seine Beliebtheit noch insoferne steigerte, als er in selbstloser Weise sofort ja sagte, als er um die Moderation der „Herzblatt-Lotterie“ in der Nachbargemeinde Pirching bei den Tiebers gefragt wurde. Für einen Schwung Grazer Singles hatten die beiden attraktiven „Peppone“-Damen, Monika und Joana vom Franziskanerplatz gesorgt, die für den Kartenverkauf in Graz zuständig zeichneten.



Stehend von links: Bürgermeister-Stellvertreter der Gemeinde Thal Peter Schickhofer, Hannes Weber, Franz Gruber (LPV), Monika Lammer, Günther Ablasser, Walter Hofer und Josef Pilz.

56 Moarschaften bestehend aus je vier Damen und Herren - insgesamt 224 „Eisschützen“ - nahmen Mitte Jänner in Thal bei Graz an den 29. Landesmeisterschaften der Landesbediensteten im Eisstockschießen teil und kämpften um jeden Zentimeter

auf dem Eis. Für die Gruppensieger Autobahnmeisterei Graz 1, Bezirkshauptmannschaft Weiz, LKH Hörgas, LKH Deutschlandsberg und Straßenmeisterei Feldbach West ging es dann um den Tagessieg, den sich die Autobahnmeisterei Graz 1 mit Josef Pilz,

Walter Hofer, Hannes Weber und Günther Ablasser sichern konnte. Organisiert wurden die Landesmeisterschaften am Thalersee von Monika Lammer und Personalvertreter Karl Gföller von der Autobahnmeisterei Graz !



„Herzblatt-Lotterist“ Oliver Zeisberger vom ORF mit dem chirurgischen Chefarzt der GKK, Dr. Rolando Bura (li.) und Polizeidirektor Hofrat Dr. Helmut Westermayer.



Foto: Fischer

Linkes Bild: Dr. Walter Schaffelhofer, Landeshauptmann a.D. Dr. Josef Krainer, Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Mag. Franz Ivan (v. li. n. re.).

Die Bürgermeisterin von Gyzyczo, Jolanta Piotrowska mit dem polnischen Honorarkonsul Dr. Gerold Ortner (li.) und dem polnischen Fremdenverkehrsdirektor in Wien, Mag. Wlodzimierz „Wlodek“ Szlag.



Foto: slb

Mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes Steiermark zeichnete Landeshauptmann Waltraud Klasnic kürzlich Mag. Franz Ivan und Dr. Walter Schaffelhofer aus. Mag. Ivan ist Präsident des „Verbandes der österreichischen Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger“ und Geschäftsführer der Tageszeitung „Die Presse“. Dr.

Schaffelhofer ist als Generalsekretär für die Interessen der Zeitungsherausgeber aktiv - eine Funktion, die Mag. Ivan ebenfalls ausgeübt hatte. An der Feierstunde nahmen auch Altbischof Johann Weber, Landeshauptmann a.D. Dr. Josef Krainer und der Dritte Landtagspräsident Ing. Hans Kinsky teil.

Ein Freundestreffen an der „Nebenfront“ zur Tourismusmesse, die von der polnischen Ausstellerseite diesmal unter den Schwerpunkt Masurien gestellt worden war, gab es im „Häuserl im Wald“. Fremdenverkehrsdirektor Mag. Wlodzimierz „Wlodek“ Szlag hatte seine steirischen Journalistenfreunde und den polnischen Honorarkonsul Landesamtsdirektor a. D. Dr.

Gerold Ortner zu einem Abendessen eingeladen. So gab es für die polnische Delegation mit der attraktiven Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska von Gyzyczo, dem ehemaligen ostpreussischen Lötzen, dem dortigen Fremdenverkehrsdirektor Dr. Robert Kempa sowie den Österreich-Chef der LOT, Piotr Koscinski ein Wiedersehen beziehungsweise Kennenlernen mit Steirer-

krone-Chef Markus Ruthardt, Mag. Petra Prascaics, die sich soeben voll in die Aktion „Kinderleben“ einbringt, von der Kleinen Zeitung, Presse-Steiermark-Chef Dr. Ernst Sittlinger, den höchst Polen-erfahrenen Seppi Barwirsch vom „Neuen Grazer“ und Landespressechef Dr. Dieter Rupnik.

PS.: Die Masurische Seenplatte ist ein total heißer Urlaubstipp.



Foto: Wiesner

Michael Schlamberger, Gisela Hopfmüller, und Edgar Sterbenz (von links).

Seinen neuesten Universum-Streifen „Plitvice - Im Land der fallenden Seen“ zeigte Dr. Michael Schlamberger auf Einladung von Landeshauptmann Waltraud Klasnic in der Grazer Burg. Rund 250 Gäste erlebten die Uraufführung der Dokumentation mit, darunter auch ORF-Landesdirektor Dr. Edgar Sterbenz und Universum-Hauptabteilungsleiterin Dr.

Gisela Hopfmüller. In dieser Universum-Dokumentation zeigt Produzent Schlamberger die Naturwunder der Plitvicer Seen, des ursprünglich ersten Nationalpark Europas. Das sind insgesamt 16 berühmte Karstseen, die sich in einer Länge von mehr als sieben Kilometern treppenförmig aneinander reihen und durch Wasserfälle miteinander verbunden sind.



Generaldirektor Josef Kassler, (Die Steiermärkische), Pater Superior Mag. Karl Schauer, Otto Schenk und Kommerzialrat Hans Roth.

Neuer Spendenrekord beim Benefiz-Galaabend „Steirer helfen Mariazell“ - 35.000 Euro spielte diese Veranstaltung im Grazer Minoritenaal für die Basilika Mariazell ein. Mitverantwortlich für dieses stolze Ergebnis war Otto Schenk, der mit Auszügen aus seinem Programm „Alles Mögliche zum Lachen“ für Humor vom Feinsten sorgte. Im

Komitee „Steirer helfen Mariazell“ haben sich auf Initiative von Saurmacher-Chef Kommerzialrat Hans Roth führende steirische Unternehmer und Führungskräfte wie Grazer Wechselseitigen Genererdirektor Dr. Othmar Ederer, Generaldirektor Josef Kassler (Steiermärkische Sparkasse), Dr. Michael Krainer, Industriellen-

vereinigung-Präsident Dr. Michael Mayer-Rieckh, Wirtschaftskammer-Präsident Kommerzialrat Peter Mühlbacher, Styria Generaldirektor Dr. Horst Pirker, ORF-Landesdirektor Mag. Dr. Edgar Sterbenz und Pater Superior Mag. Karl Schauer zusammengefunden, um die Basilika zukünftigen Generationen in ihrer vollen Schönheit zu erhalten.

Am 1. März 2004 wird das E-Government-Gesetz in Kraft treten

E-Government-Masterplan

VON FRANZ GRANDITS

Das E-Government-Gesetz bildet die notwendige Grundlage, um die vielfältigen Vorhaben, z.B. Erledigung von Behördenwegen per Internet, zu realisieren. Die Steiermark hat die Initiative für einen österreichweiten E-Government Masterplan übernommen und den Bund, die anderen Länder, Gemeindebund und Städtebund zur Mitarbeit eingeladen. Der hier beschriebene Masterplan befindet sich bereits in Umsetzung: Im Laufe dieses Jahres wird u.a. der Startschuss für die elektronische Zustellung und Bezahlung sowie das Standarddokumentenregister fallen.

Das Internet hat sich so schnell wie keine Technologie zuvor in unserer Gesellschaft etabliert. Elektronische Information und Kommunikation bieten neue und ungeahnte Möglichkeiten. Von diesen Änderungen ist vor allem die Verwaltung betroffen, weil Information und Kommunikation deren wesentlichste Betriebsmittel sind. Durch die sprunghafte Verbreitung der elektronischen Medien ergeben sich daher gerade in diesem Bereich eine Fülle von Verbesserungsmöglichkeiten.

Während die audiovisuelle Kommunikation davon kaum betroffen ist, eröffnet sich für die Bereiche, in denen Papier verwendet wird, ein enormes Potenzial. Die größten Chancen liegen dabei nicht in den Übergangsstadien wie der elektronischen Post oder der Textverarbeitung. Gerade die Funktionen im Bereich der elektronischen Medien, für die es keine Analogien im Bereich der Papierverwaltung gibt, können den größten Fortschritt bieten, wie z.B. ein Antragsformular, das auf Fehler reagiert und, falls gewünscht, eine Adresse suchen hilft oder ein zentrales Register,

das die mühsame Kommunikation mit der Meldebehörde überflüssig macht.

Daraus ergibt sich, dass Verwaltungsabläufe neu konzipiert werden müssen. Nicht die 1:1-Abbildung von Papierabläufen, sondern intelligente, integrierte Lösungen sind anzustreben. Nur so kann ein Quantensprung in den Bereichen Bürgerservice und Verwaltungseffizienz erreicht werden. Dabei ist jedoch eine geänderte Kostenstruktur zu beachten. Während beim Papier die Kosten der einzelnen Transaktion die Gesamtkosten bestimmen, dominieren bei den elektronischen Systemen die Entwicklungskosten.

Unterschiedlich sind auch die Zeitdimensionen:

Die Papierverwaltung wurde über Jahrhunderte aufgebaut und perfektioniert. Für die E-Government-Umsetzung stehen nur ein paar Jahre zur Verfügung.

Damit diese elektronische Verwaltung in der bestmöglichen Form und in kurzer Zeit entstehen kann, ist eine enge Kooperation aller Verwaltungsebenen erforder-

Dipl.-Ing.
Franz Grandits
(Fachabteilung
1B -Informati-
onstechnik) ist
Vorsitzender
der techni-
schen E-Go-
vernment-
Bund-Länder-
Gemeinden-
Arbeitsgruppe.



lich: Grundsätze müssen aufeinander abgestimmt, zentrale Systeme gemeinsam konzipiert und Schnittstellen zwischen den bestehenden Systemen geschaffen werden. Vielseitig verwendbare Basisfunktionen schaffen die Möglichkeit für eine kostengünstige Systementwicklung.

Nur wenn BürgerInnen und Wirtschaft über die Verfügbarkeit von E-Government-Anwendungen informiert werden, werden diese auch breite Anwendung finden. Eine effiziente und abgestimmte Medienarbeit ist daher ebenfalls unerlässlich.

E-Government Masterplan - die Initiative

E-Government in dieser Form kann dann in kurzer Zeit realisiert werden, wenn es generalstabsmäßig geplant und umgesetzt wird. Aus diesem Grund hat Landeshauptmann Waltraud Klasnic auf Basis eines Beschlusses der Landeshauptleutekonferenz die Erstellung eines derartigen E-Government-Masterplans initiiert.

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden hat in einer Arbeitsgruppe,



Das E-Government-Haus.

moderiert durch das Management Zentrum St. Gallen von April bis Juli 2003 Vorschläge für diesen strategischen E-Government-Gesamtplan erarbeitet und auf Expertenebene abgestimmt.

Die Vorschläge kamen aus allen Bereichen der Verwaltung. Aus den ursprünglich 20 Vorschlägen wurden rasch 40. Die vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen sogenannte Querschnittsfragen, also Fragen, für die eine gemeinsame und einheitliche Vorgangsweise zwischen den Gebietskörperschaften notwendig oder empfehlenswert ist.

Sie sind aber nicht als abgeschlossene Auflistung von Projekten oder Vorhaben zu sehen. Der Masterplan sollte vielmehr als Startschuss für eine koordinierte Entwicklung von integrierten E-Government-Lösungen dienen.

Grundlagen

E-Government Gesetz

Integrierte und bürgerfreundliche E-Government-Lösungen benötigen einheitliche Lösungsansätze von neuen Fragen, wie die der Identifikation und Au-

thentifizierung von AntragstellerInnen oder der Zulässigkeit von Nachweisen durch ein Dokumentenregister. Daneben sind eine Reihe von gesetzlichen Regelungen zu ändern, welche derzeit explizit auf die Papierverwaltung zugeschnitten sind, wie im Bereich der Zustellung.

Finanzierung und Kosten

Die Finanzierung verwaltungsübergreifender Systeme durch Transaktionsgebühren hat sich als nutzungs-hemmend erwiesen und entspricht auch nicht der Kostenstruktur von IT-Systemen mit einem hohen Basisaufwand und geringen nutzungsabhängigen Tangenten. Hier müssen neue Modelle gesucht werden.

Aber auch die Kostenstruktur für die Bürger muss angepasst werden. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Regelungen sind Internet-Anbringen derzeit als schriftliche Eingabe zu betrachten und es fallen daher weitaus höhere Gebühren an als bei einer persönlichen Vorsprache. Die Tatsache, dass billigere Leistungen teurer vergibt werden, ist zu ändern, damit auch ein entspre-

E-Government-Masterplan und Umsetzung.

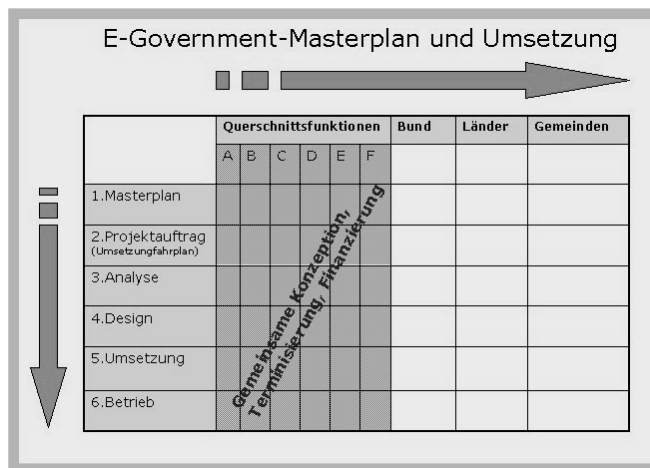
chender Anreiz für die Kunden der Verwaltung geschaffen wird.

Styleguide für intelligente Formulare

Formulare sind ein Kernbestandteil der Verwaltung und haben bei den BürgerInnen kein gutes Image. Elektronische Formulare bieten hier ein wesentlich größeres Potenzial für Benutzerfreundlichkeit. Gerade weil die BürgerInnen eine große Anzahl unterschiedlicher Verfahren mit geringer Häufigkeit benutzen, ist ein gleichartiges Aussehen derartiger Formulare und eine einheitliche Bedienung erforderlich, damit dieses Potenzial genutzt werden kann.

Online-Strategien

Online-Anwendungen basieren auf einer Reihe von Grundsätzen, die einheitlich gestaltet werden müssen, damit sie leicht bedient werden können und durch gleichartige Rahmenbedingungen eine entsprechende Vertrauensbasis mit den BürgerInnen aufgebaut werden kann. Neben den durch das E-Government-Gesetz sowie durch andere Maßnahmen definierten Grundsätzen gibt es eine Reihe von Themen, die einvernehmlich zu regeln sind, wie die parallele Verfügbarkeit der herkömmlichen Abwicklung neben der elek-



tronischen Abwicklung oder die zeitlich durchgehende Verfügbarkeit von Anwendungen.

Sicherheitsmanagement

Ein ausgereiftes und abgestimmtes Sicherheitsbewusstsein auf allen Ebenen der Verwaltung ist Voraussetzung für das notwendige Vertrauen der BürgerInnen in die elektronische Verwaltung. Dafür sind abgestufte Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Gemeinsame Aktivitäten

Virtuelles E-Government-Kompetenzzentrum

Eine Reihe von E-Government-Anwendungen kann von verschiedensten Ebenen der Verwaltung benutzt werden. Gemeinsame Projekte zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften konnten aber bisher nur in vereinzelt Fällen umgesetzt werden. In den nächsten Monaten sollten für die wesentlichen Maßnahmen des Masterplans Umsetzungspläne vorgelegt werden. Eine Bündelung des Know-hows und der Kapazitäten für gemeinsame Entwicklungen ist dringend erforderlich, um die Maßnahmen des Masterplans rasch, kostengünstig und mit hoher Qualität umsetzen zu können. Für die übergreifenden Projekte soll daher ein einheitlicher organisatorischer Ansatz geschaffen werden.

E-Government Award

Ein E-Government Award soll den Anreiz erhöhen, vorbildliche E-Government Anwendungen zu erarbeiten. Für die Bewertung sind entsprechende Kriterien zu erarbeiten, wobei neben dem Nutzen für BürgerInnen, Wirtschaft und Verwaltung auch die vereinbarten Standards und die Krite-

rien des E-Awards berücksichtigt werden sollen.

Basissysteme und Infrastruktur

Standarddokumentenregister

Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis und Meldenachweis sind in vielen Verfahren als Beilage notwendig. In Zukunft soll auf die Vorlage dieser Dokumente verzichtet werden können, wenn der Bürger die Übertragung von Daten dieser Nachweise ins Zentrale Melderegister (ZMR) wünscht. Für die Umsetzung dieses Vorhabens ist die Lösung der Finanzierung entscheidend, weil sich die Verrechnung von Transaktionsgebühren zwischen den Gebietskörperschaften als nutzungs-hemmend erwiesen hat.

Adressregister

Die Güte von Adressen ist entscheidend für Meldewesen und Zustellung. Die Qualität dieser Adressen soll durch ein einheitliches und für alle E-Government-Anwendungen verfügbares Adressregister erhöht werden.

Register für Organisationen

Das Firmenbuch beinhaltet nur einen Teil der juristischen Personen, welche am E-Government teilnehmen sollen. Ein eigenes Register soll das Datenmaterial vorhandener Register zusammenfassen und Platz für die Registrierung zusätzlicher juristischer Personen schaffen.

Vereinsregister

Alle Vereinsgründungen sowie die im Verein durchgeführten Änderungen sind jener Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, in welcher der Vereinssitz liegt. Die Behörde hat unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass österreichweit kein neuer Ver-

ein zugelassen wird, wo es auf Grund des Vereinsnamens durch Ähnlichkeiten zu Verwechslungen kommen kann. Zur leichteren Administration soll ein System geschaffen werden, in dem sowohl die örtlichen wie auch das zentrale Vereinsregister abgebildet werden können.

Verbund der Bürgerportale

In Österreich gibt es eine Reihe von Portalen und Informationen für BürgerInnen und Wirtschaft. Nur ein Teil der Verfahren sind über „help.gv.at“ vernetzt. Die Wartung der Links ist aufwändig und fehleranfällig. Die Festlegung einheitlicher Lebenssituationen bzw. Themenbereiche soll die Auffindbarkeit der Informationen in den unterschiedlichen Portalen verbessern. Durch die Schaffung einheitlicher Schnittstellen sollen nicht nur über help.gv.at, sondern von jedem Portal in diesem Verbund aus alle Informationen der öffentlichen Verwaltung zu den gewünschten Lebenssituationen abrufbar sein.

>help.gv.at< als Informations- und Transaktionsportal

Den BürgerInnen und der Wirtschaft soll zusätzlich zu den bestehenden Anwendungsportalen ein einheitlicher Zugang zu Verfahrensinformationen und -transaktionen angeboten werden. Institutionen ohne eigenes Portal können mit „help.gv.at“ im E-Government präsent sein.

Signaturinfrastruktur

Bürgerkarte Light

Für den Zugang zu Verfahren der öffentlichen Verwaltung, die eine gesicherte Authentifizierung benötigen, soll die Personenbindung nach dem System der Bürgerkarte zur Anwendung kommen. Um die

Verwendung dieses Systems anzuregen sollen Implementierungen forciert werden, welche bestehende Strukturen und Lösungen benutzen wie z.B. die Handy-signatur.

Serverkomponenten zur Signatur

Im Zuge der Umsetzung und Verbreitung der digitalen Signatur stehen Verwaltungsorganisationen vermehrt vor dem Problem, eingehende signierte Schriftstücke zu prüfen, ausgehende Erledigungen zu signieren, oder auf Basis der Signatur Personen zu identifizieren. Die dafür notwendigen Schritte und Programme sind komplex. Eine Synergie und Harmonisierung ist daher dringend notwendig. Durch die, vom Bund als Open Source zur Verfügung gestellten Komponenten können diese Vorgänge wesentlich vereinfacht werden.

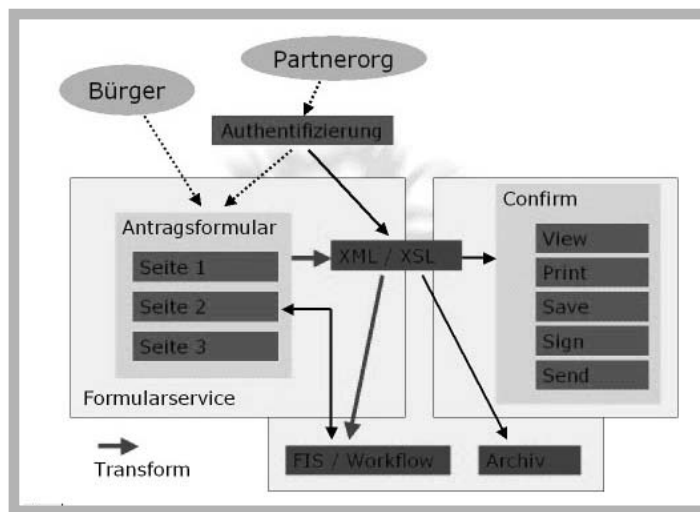
Elektronisches Amtssiegel

Ausfertigungen, die mit Hilfe automations-unterstützter Datenverarbeitung erstellt werden, bedürfen derzeit nach gültiger Rechtslage keinerlei Endfertigung oder Beglaubigung. Wenn diese Unterlagen in anderen Verfahren der öffentlichen Verwaltung benötigt werden, bieten diese Unterlagen jedoch keine ausreichende Sicherheit. Durch die Installation von Signaturservern und die Signierung derartiger Ausfertigungen soll die Sicherheit erhöht werden.

Personenbindung für juristische Personen

Neben der Personenbindung für natürliche Personen, welche bereits geregelt ist, soll die Personenbindung für juristische Personen definiert werden. Das System sieht die Ausstellung von Vertretungsvollmachten basierend auf dem Register für Organisationen vor.

Die Grafik zeigt, dass alleine bei der Antragstellung eine Reihe von Schnittstellen bedient werden müssen.



Bürgerkartentauglicher Personalausweis und Führerschein

Zur Verbreitung des Konzepts der Bürgerkarte soll eine bürgerkartentaugliche Chip-Karte als Führerschein und Personalausweis dienen. Mit dieser Karte kann dann auch signiert werden.

Besserer Zugang zum Netz

Österreich liegt im Bereich der Internet-Nutzung im EU-Spitzenfeld. Allerdings wird das Internet meist über langsame Telefonleitungen benutzt. Nun soll der Aufbau einer Breitband-Infrastruktur (ADSL) intensiviert werden. Durch die verstärkte Aufstellung von öffentlichen Internet-Terminals und die Installation von Hotspots soll die Verfügbarkeit von Internet-Anwendungen auch für Personen ohne Internet-Zugang sowie für mobile Benutzer verbessert werden.

Standards, Schnittstellen und Basisfunktionen

Kommunikationsarchitektur

E-Mail und Textverarbeitung sind wichtige Übergangsstadien auf dem Weg zu integrierten Lösungen. Ein hochentwickel-

tes E-Government muss aber auf Transaktionen und strukturierten Daten aufbauen, um das volle Potenzial elektronischer Lösungen ausschöpfen zu können. Eine Vielzahl unterschiedlicher Systeme erzwingt die Definition produktneutraler Schnittstellen.

Unterschiedliche Schnittstellendefinitionen würden zu einem enormen Aufwand für integrierte Lösungen und zu einem Qualitätsproblem führen. Informationsstrukturen müssten vielfach transformiert werden, unterschiedliche Kommunikationsschnittstellen wären zu bedienen.

Eine so genannte Kommunikationsarchitektur soll einheitliche Strukturen und Standards in die unterschiedlichen Schnittstellen bringen. Der Rahmen bezieht sich auf die Schichten

- * Transport,
- * Authentifizierung/Autorisierung und die
- * Nettodaten.

Die Architektur soll auf vorhandenen Ansätzen wie dem Portalverbund, der Schnittstelle für Zustellungen usw. aufbauen, diese weiterentwickeln und einen einheitlichen Überbau bilden.

Einheitliche XML-Strukturen für Bescheide

Unterschiedliche Bescheidformate verhindern die automatisierbare Weiterverarbeitbarkeit. Einheitliche XML-Strukturen sollen Abhilfe schaffen

E-Payment

E-Government und elektronisches Bezahlen sind derzeit meist nur entkoppelt abwickelbar. Es wird daher für den Abschluss eines Verfahrens meist auf den Zahlungseingang gewartet. Die Zuordnung des Zahlungseinganges zum Verfahren muss überwiegend händisch erfolgen. In Zusammenarbeit mit den Banken wurde eine einheitliche Schnittstelle für Zahlungsaufforderung und Zahlungsbestätigung festgelegt. Diese Schnittstelle soll nun so rasch wie möglich von den Banken und in entsprechenden E-Government-Anwendungen umgesetzt werden. Durch die sofortige Zahlungsbestätigung kann das Verfahren wesentlich schneller abgewickelt werden. Die Bürger können beliebige Zahlungssysteme verwenden.

Behördeninterner Portalverbund

Der behördeninterne Portalverbund bildet eine Sicherheitsstruktur für behördenübergreifende Anwendungen in den Bereichen Authentifizierung und Rechteverwaltung. Die Kommunikation kann dabei über das Internet erfolgen. Das zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden vereinbarte Schema beinhaltet das sogenannte Portalverbundprotokoll, einheitliche Sicherheitsklassen als Sicherheitsmanagement und als rechtliche Absicherung die Portalverbundvereinbarung. Es ermöglicht eine effizientere Benutzer- und Rechteverwaltung mit dem jeweiligen lokalen System.

Das Zentrale Melderegister (ZMR) und das Identitäts-Dokumenten-Register (IDR) sind bereits in diesem Verbund verfügbar. Es sollen nun möglichst rasch alle übergreifenden Anwendungen und hier vor allem die Register des Bundes in diesen Verbund integriert werden.

Das System des Portalverbundes eignet sich aber nicht nur für behördeninterne Aufgaben. Wenn E-Government Anwendungen anderen Rechtsträgern zur Verfügung gestellt werden und diese abgestufte Rechteprofile aufweisen, kann es auch für derartige Anwendungen eingesetzt werden. Dabei sollten jedoch eigene Sicherheitszonen verwendet werden, um Überschneidungen mit verwaltungsinternen Anwendungen und daraus resultierende Sicherheitsprobleme von vornherein auszuschließen.

Programmierstandards für Web-Anwendungen

Unterschiedliche Realisierungsformen erschweren derzeit die Übernahme von Lösungen anderer öffentlicher Stellen bzw. die Integration von gemeinsamen Basisfunktionen. Durch die Definition und Umsetzung gemeinsamer Programmierstandards für diese Bereiche kann dieses Problem gelöst werden.

Langzeitarchivierung

IT-Systeme und Anwendungen sind einem raschen Wandel unterworfen. Datenträger und Datenformate sind schon nach einigen Jahren nicht mehr lesbar. Es sind daher entsprechende Vorschläge zu erarbeiten, um den Rechtsbestand, der oft über Jahrzehnte relevant ist, durch die Verfügbarkeit der zugehörigen elektronischen Informationen zu sichern. Für folgende Teil-

bereiche sind entsprechende Vorschläge zu erarbeiten:

- * Lesbarkeit der Datenträger
- * Lesbarkeit von Datenformaten
- * Sicherstellung der Unveränderbarkeit

Offizielle elektronische Einlaufadresse:

Bei geringer Verfahrensfrequenz und bei kleineren Organisationen sind integrierte E-Government-Lösungen nicht rentabel. Portale sollen daher für derartige Verfahren elektronische Anträge ohne Medienbruch an die zuständigen Organisationen weiterleiten. Ein zentrales Verzeichnis elektronischer Einlaufadressen soll den BürgerInnen einen leichteren Zugang zu den Behörden bieten.

Geo-Informationen

Geo-Informationen sind ein wichtiger Bestandteil öffentlicher Verfahren. Durch die Schaffung einheitlicher Standards sollen Geodaten leichter übermittelt bzw. verarbeitet werden können.

Ein wichtiger zu klärender Aspekt ist in diesem Zusammenhang auch die Kostenfrage. Welche Geodaten sollen kostenfrei öffentlich verfügbar sein, bzw. wann sollen Kosten verrechnet werden und in welcher Form sind diese zu ermitteln.

Umsetzung Verzeichnisdienste

Im Zusammenhang mit dem Portalverbund wurde ein einheitliches Verzeichnisschema für Organisationen der öffentlichen Verwaltung und deren Bedienstete entwickelt. Die Umsetzung bei den Gebietskörperschaften sichert einen einheitlichen Zugang von Bürger und Verwaltung zu diesen Informationen und bildet damit die Basis für einen elektronischen Amtskalender.

Elektronische Zustellung

Die elektronische Zustellung bringt einen erheblichen Kostenvorteil für die Verwaltung und einen Zeit- und Qualitätsgewinn für Bürger und Wirtschaft. Durch die bereits entwickelten einheitlichen Schnittstellen kann die Verwaltung eine Zustellung über beliebige, vom Bürger ausgewählte Dienste zustellen.

Verwaltungsanwendungen

ELAK

Die flächendeckende Einführung eines einheitlichen elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung ist zwar an und für sich kein Querschnittsthema. Diese einheitliche Lösung wird aber aufgrund der großen Breitenwirkung die elektronische Aktenführung auch in anderen Bereichen stimulieren. Schnittstellen zwischen den Gebietskörperschaften aber auch zu den Höchstgerichten sind zu definieren.

Gewerbeverfahren

Im Zusammenhang mit den Gewerbeberechtigungen gibt es eine Reihe von Meldepflichten zu den örtlichen Gewerberegistern, dem zentralen Gewerberegister, der Wirtschaftskammer, dem Firmenbuch usw. Durch Zusammenlegung der örtlichen und zentralen Register, sowie durch Neugestaltung der Schnittstellen soll der Aufwand für die Wartung verringert und die Qualität erhöht werden.

Gebäude- und Wohnungsregister

Aus Großzählungen 2001 liegen Daten zur Gebäude- und Wohnungszählung vor, welche derzeit nicht als Register geführt werden. Durch ein neues System soll die Möglichkeit zur laufenden Wartung geschaffen werden. Das System soll als Ba-

sis für den Datenaustausch mit anderen Bereichen (z.B. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen) dienen. Ein eigener Teil bildet die Basis für das österreichweite Adressregister.

Fremdeninformationssystem

Zur Verwaltung aller in Österreich bereits ansässigen Drittstaatenangehörigen und jener, die in den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland den Antrag auf Einreise nach Österreich stellen sowie der Asylanten und Flüchtlinge ist ein enormer Aufwand in den unterschiedlichen Behörden und anderen Organisationen erforderlich. Es existieren zwar bereits unterschiedliche Register, die zum Teil auch zentral geführt werden (FIS-Fremdeninformationssystem, AIS-Asylanteninformationssystem) aber nicht miteinander verknüpft sind. Alle im Zusammenhang mit Drittstaatenangehörigen erhobenen Daten und durchgeführten Aktivitäten sollen in einem gemeinsamen zentralen Register geführt werden. Dieses ist allen betroffenen Stellen (Behörden, humanitäre Einrichtungen, etc.), soweit mit dem Datenschutz vereinbar, zugänglich zu machen.

Meldebestätigung

Die Meldebestätigung als integriertes Verfahren wurde als Musteranwendung für ein Einparteienverfahren und damit für eine Reihe von Schnittstellen konzipiert und bereits auch umgesetzt. Identifikation, E-Payment, Registerabfragen usw. sind damit bereits in der Praxis umgesetzt und haben ihre Tauglichkeit bewiesen. Diese Anwendung soll als Musteranwendung für die Tauglichkeit der Schnittstellen dienen. Im Sinne einer effizienteren Abwicklung durch E-Government sollte sie so rasch wie möglich

durch Registerabfragen, welche in die jeweilige Anwendung integriert werden, ersetzt werden.

Elektronisches Rezept

Bei händisch ausgefüllten Rezepten gibt es Probleme mit der Lesbarkeit und der Weiterbearbeitung. Mit der Entwicklung einer Rezept-Schnittstelle soll die Möglichkeit zur elektronischen Übermittlung geschaffen werden. Verschreibung und Verrechnung können geprüft werden. Genehmigungsvorgänge können entfallen.

Bevölkerungstatistik aus dem ZMR

Von 1996 bis einschließlich 2001 haben die Landesstatistiken in Zusammenarbeit mit Statistik Austria jährlich zum Stichtag 1.1. eine sogenannte Einwohnererhebung bei allen Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes als Abfrage der kommunalen Melderegister durchgeführt, um aktuelle Bevölkerungsentwicklungen auf regionaler Ebene abbilden zu können. Mit der Verfügbarkeit des ZMR soll die jährliche Einwohnererhebung als anonymisierte Summenabfrage aus dem ZMR mit den Zahlen der Hauptwohnsitze pro Gemeinde nach Geschlecht und groben Staatsbürgerschaftsgruppen weitergeführt werden.

E-Democracy

Elektronisches Volksbegehren

Volksbegehren bzw. Volksbefragungen sind ein wichtiges demokratiepolitisches Instrument. Durch die elektronische Abwicklung soll eine höhere Bürgerbeteiligung, eine intensivere Auseinandersetzung der BürgerInnen mit politischen Inhalten sowie eine regere Teilnahme am politischen Prozess erreicht werden.

Offenlegung gemäß § 25 des Mediengesetzes:

Medium: „Steiermark Report“.

Medieninhaber und Herausgeber: Amt der Steiermärkischen Landesregierung.

Grundlegende Richtung: Information der Öffentlichkeit über Tätigkeiten und aktuelle Vorhaben aus den Bereichen der Landesverwaltung.

Redaktion und verantwortlich im Sinne des Mediengesetzes: Dr. Dieter Rupnik, 8010 Graz, Burggasse 4.

Erscheint periodisch, der Bezug ist kostenlos.

Herstellung: FA 1A-Präsidialangelegenheiten und Zentrale Dienste.

Vertrieb über FA 1A-Präsidialangelegenheiten und Zentrale Dienste und FA 1C - Landespressdienst.

Impressum:

Eigentümer und Herausgeber:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, FA 1C - Landespressdienst, Burggasse 4, 8010 Graz

Chefredaktion: Dr. Dieter Rupnik, Tel. 0316/877-4037 FAX: 0316/877-3188 E-Mail: landespressdienst@stmk.gv.at

Chefin vom Dienst: Brigitte Rosenberger

Redakteure: Mag. Ingeborg Farcher, Dr. Kurt Fröhlich, Dr. Dieter Rupnik.

Textbeiträge: Dipl.-Ing. Franz Grandits, Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck, Mag. Dr. Robert Schlacher, Dr. Marianne Wassermann-Neuhold.

Vervielfältigung: FA 1A-Präsidialangelegenheiten und Zentrale Dienste, 8010 Graz, Burgring 4

Erscheinungsort: Graz

Hergestellt auf chlorfrei gebleichtem Papier